

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
LAbg. Mag. Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

2100-0171

Eisenstadt, am 26. Juni 2025

SELBSTÄNDIGER ANTRAG

**der Landtagsabgeordneten KO. Ing. Norbert Hofer, Mag. Thomas Grandits,
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend
„Sicherstellung beruflicher und kultureller Perspektiven für Angehörige
autochthoner Volksgruppen in urbanen Regionen“**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Sicherstellung beruflicher und kultureller Perspektiven für Angehörige autochthoner Volksgruppen in urbanen Regionen“

Die burgenlandkroatische, ungarische und Roma-Volksgruppe sind historisch gewachsene und verfassungsrechtlich geschützte Bestandteile des kulturellen Erbes unseres Landes. Ihre Präsenz hat das Burgenland sprachlich, kulturell und gesellschaftlich wesentlich geprägt. Dennoch ist aktuell eine besorgniserregende Entwicklung zu beobachten: Das zunehmende Auspendeln insbesondere junger Volksgruppenangehöriger aus ländlichen Gebieten in urbane Zentren. Diese Entwicklung ist eine direkte Folge struktureller Schwächen im ländlichen Raum, insbesondere des Mangels an adäquaten Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten.

Diese Abwanderung birgt das Risiko, dass die kulturelle Vielfalt und die Identität dieser Gruppen im ländlichen Raum erodieren. Gleichzeitig fehlt es in den städtischen Zielregionen an adäquaten Angeboten zur Wahrung der kulturellen und sprachlichen Identität der Volksgruppenangehörigen. Wenn politische Verantwortung ernst genommen wird, kann diese Dynamik nicht ignoriert werden.

Es braucht daher ein umfassendes Maßnahmenpaket, das sowohl im ländlichen Raum als auch in urbanen Regionen ansetzt. Insbesondere in Städten und Ballungsräumen, die an Bundesländer mit traditionell stark vertretenen Volksgruppen angrenzen, wie etwa Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Wien oder die Steiermark, müssen gezielte Strukturen geschaffen werden.

Dazu zählen etwa:

- der Ausbau mehrsprachiger und muttersprachlicher Bildungsangebote,
- gezielte Förderprogramme zur Kulturpflege,
- berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen für Volksgruppenangehörige.

Volksgruppenpolitik darf nicht auf einen geografisch begrenzten Kulturraum reduziert werden. Sie muss dem realen Lebens- und Arbeitsumfeld der Menschen folgen und dort ansetzen, wo sich die Lebensrealität zunehmend abspielt, auch in urbanen Räumen. Ziel ist es, kulturelle Identität zu erhalten und gleichzeitig gesellschaftliche Teilhabe sowie wirtschaftliche Perspektiven zu fördern.

Diese Anliegen sind auch im Lichte des Artikels 7 des Staatsvertrages zu sehen, der nicht nur Rechte im Ursprungsgebiet der Volksgruppen, sondern den Schutz ihrer Identität in der gesamten Republik gewährleistet. Daher ist eine bundesländerübergreifende, zukunftsgerichtete Volksgruppenpolitik unabdingbar.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge sich für folgende Aspekte einsetzen

- **Ausbau von muttersprachlichen und kulturellen Bildungsangeboten** für Volksgruppenangehörige in urbanen Räumen, insbesondere in angrenzenden Bundesländern,
- **Finanzielle Absicherung und Ausweitung von Förderprogrammen**, die sich an junge Auspendler aus Volksgruppen richten,
- **Einrichtung von Kooperationsprogrammen zwischen Ländern**, die autochthone Volksgruppen beheimaten, um eine koordinierte und überregionale Strategie zu entwickeln, die sowohl Bildungszugang als auch kulturelle Kontinuität sicherstellt.
- **Berücksichtigung volksgruppenspezifischer Anliegen** im Rahmen von Arbeitsmarktinitiativen und Regionalentwicklungsprogrammen, insbesondere unter Berücksichtigung der aktuellen demographischen Verschiebungen.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschuss sowie dem Sozialausschuss zuzuweisen.